



KGNW zur Protestveranstaltung am 25.04.2012 in Düsseldorf:

3.500 Vertreter der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen zeigen der Politik die rote Karte

Düsseldorf, den 25.04.2012 – „Wir fordern von der Bundesregierung einen sofortigen Tarifausgleich in voller Höhe sowie die Umsetzung des Orientierungswertes für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser und damit eine Sicherung der Arbeitsplätze für die Zukunft“, erklärte heute Matthias Blum, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) in seiner Rede auf der Protestveranstaltung in Düsseldorf. Aus ganz NRW waren rund 3.500 Vertreterinnen und Vertreter der Krankenhäuser gekommen, um ihrem Unmut über die Gesundheitspolitik der Bundesregierung Ausdruck zu verleihen und die 250.000 Beschäftigten in 40 verschiedenen Berufsgruppen zu repräsentieren. Gemeinsam zeigten sie der Bundesregierung die „Rote Karte“.

„Nur mit einer nachhaltigen Finanzierung können wir zukünftig die qualitativ hochwertige Versorgung der Patientinnen und Patienten in unserem Land gemeinsam sicherstellen und das ist das Ziel unserer Aktionen und dieser Veranstaltung“, erläuterte Blum. Die Kandidatinnen und Kandidaten der nordrhein-westfälischen Landtagswahl seien das Sprachrohr der NRW-Krankenhäuser in Berlin und damit der 250.000 Beschäftigten und der über 4 Millionen Patientinnen und Patienten. Sie vertreten 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands und hätten somit Stimme und Einfluss, um den Tarifausgleich und den Orientierungswert für die Krankenhäuser in Berlin durchzusetzen.

„Das ist ein Signal nach Berlin, dass dort hoffentlich als Warnschuss verstanden wird. Es geht nicht nur um Geld, sondern es geht um Anerkennung und um Gerechtigkeit für die Krankenhäuser, Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren großen Einsatz für die Menschen im Land“, erklärte Georg Baum, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) im Anschluss an Blum.

Auch Ludger Risse, Vorsitzender des Pflegerats NRW und Pflegedirektor im St. Christophorus Krankenhaus in Werne, ging auf die eklatante Unterfinanzierung der Krankenhäuser und die damit verbundenen gravierenden Folgen für die Pflegerinnen und Pfleger in den Kliniken ein. So seien von 1995 bis 2008 bundesweit 50.000 Stellen im Pflegebereich abgebaut worden – bei steigenden Patientenzahlen. „In den Jahren 2009 und 2010 gab es einen kleinen Anstieg der Vollkräfte in der Pflege durch das Pflegeförderprogramm, aber gleichzeitig stieg die Zahl der Patienten weiter“, erklärte Risse und verwies gleichzeitig auf aktuelle Studien, nach denen 80 Prozent der Beschäftigten in der Pflege empfinden zu wenig Zeit für ihre Patienten zu haben. „31 Prozent der Pflegeprofis

befürchten, dass die Patienten nach der Entlassung nicht ausreichend versorgt werden können“, hob Risse hervor. Auch im Hinblick auf 40.000 fehlende Pflegekräfte bis zum Jahr 2025 müsse es im Bereich der Pflege eine Kehrtwende erfolgen, damit endlich die gesellschaftliche Bedeutung dieses Berufs erkannt werde – so Risse

Universitäts-Professor Dr. med. Heribert Jürgens, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, Pädiatrische Hämatologie und Onkologie des Universitätsklinikums Münster, stellte die aktuelle Situation in den NRW-Kliniken aus ärztlicher Sicht dar: „Wir Mitarbeiter sind es, die täglich mit höchstem Engagement und Empathie immer wieder die uns vorgegebenen strukturellen Schwächen und Lücken ausgleichen, wo auch immer wir nur können und immer wieder und jeden Tag über sich selbst hinauswachsen, um sich nicht mit Mittelmäßigkeit zufrieden zu geben, obwohl Mittelmäßigkeit eigentlich das ist, was unter den gegebenen Strukturen und Vorgaben maximal leistbar wäre.“

„Sicherlich ist es niemandem hier und heute leicht gefallen, sein Werkzeug - egal ob Skalpell, Stethoskop, Fieberthermometer oder welches Messgerät auch immer - liegen oder fallen zu lassen und hier zu sein. Trillerpfeifengetöse, Plakate und Ansprachen, das ist eigentlich nicht unsere Kernkompetenz. Aber wohin sind wir denn getrieben worden? Es ist ja nicht das erste Mal, dass der Versuch unternommen wird, Tarifabschlüsse ohne einen wirklichen Ausgleich für die Krankenhäuser, also budgetneutral zu Lasten der eigentlichen Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer umzusetzen. Am Ende werden die Leistungen noch weiter verdichtet, noch mehr unbezahlte Überstunden gemacht, noch mehr Risiken für die Patienten durch gefährdende Einsparungen und Sparmaßnahmen produziert“, erklärte Professor Jürgens.

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V. (KGNW) ist der Zusammenschluss der Krankenhausträger und ihrer Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Düsseldorf. Die Aufgabe der KGNW ist es, auf "eine der Würde des Menschen verpflichtete, humane, bedarfsgerechte, leistungsfähige, wirtschaftliche und finanziell abgesicherte Versorgung durch eigenverantwortlich tätige Krankenhäuser mit pluraler Trägerstruktur hinzuwirken". Sie vertritt die Interessen ihrer Mitgliedskrankenhäuser und nimmt die ihr gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung wahr. In den 404 nordrhein-westfälischen Krankenhäusern werden jährlich über vier Millionen Patienten behandelt. Mit über 250.000 Beschäftigten sind die Krankenhäuser einer der bedeutendsten Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen.

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen:

Referat Politik / Presse, Humboldtstr. 31; 40237 Düsseldorf, Lothar Kratz (Referatsleiter), Tel.: 0211/47819-70, Fax: 0211/47819-99, E-Mail: lkratz@kgnw.de, Brigitte Albers (Referentin), Tel.: 0211/47819-73, E-Mail: balbers@kgnw.de, Astrid Rose (Referentin), Tel.: 0211/47819-72, Fax: 0211/47819-99, E-Mail: arose@kgnw.de, Internet : www.kgnw.de, E-Mail: presse@kgnw.de